

Berliner Börsen-Zeitung

Abendausgabe . 20 Pfennig.

70. Jahrgang

Sonnabend, 2. Mai 1925

Verantwortliche Leiter: Handeltelt W. Paak, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oetzel, Berlin; Kunst: Wissenschaft und Lokalteil: F. Kopp, Berlin-Prignitz.

Verantwortlich für den Inseratenteil: H. Rongewsky, Berlin-Charlottenburg; Verlag: Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, G.m.b.H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Hefige Kämpfe in Französisch-Marokko.

Allgemeiner Angriff der Rifftribunen. Paris, 2. Mai. 'Quos' herbeiführt eine offenbar offizielle Meldung aus Rabat, in der es heißt, daß die Angriffe der Rifftribunen, die von den Rifftribunen unterstützt werden, auf der ganzen französischen Front in Marokko eingeleitet seien, indes die französischen Truppen in ihrer Konzentrationstrategie zu hindern. Die französischen Truppen während der letzten Tage seien gering, während die Rifftribunen Kraft besitzen könnten. Das Material wird mitgeteilt, daß 3000 Araber unter dem Kommando des Brubees von Abd el Kerim die französischen Truppen unermüdet angegriffen und die Ortschaft Jema Zerkane in Brand steckten, worauf sie sich von den Gegenangriffen der französischen Abteilungen zurückziehen mußten. Die Truppen des Generals Colombe bei haben besondere Fortschritte erzielt.

Das Vorbild zur Wegnahme Spanisch-Marokkos?

Paris, 2. Mai. Die Lage in Französisch-Marokko (s. Bericht) ist die Quelle heftigen der Operationen, die angeblich in Französisch-Marokko stattfinden, ist das, wenn man ihnen Glauben schenken würde, müßte man annehmen, daß die französischen Truppen in die spanische Zone eingedrungen seien. Allgemein bekannt ist, daß die spanische Zone, die unter Leitung des Generals Colombe steht, vollkommen in der französischen Zone, wo die Operationen der Rifftribunen in beträchtlicher Zahl eingedrungen seien. Allgemein bekannt ist, daß die spanische Zone, die unter Leitung des Generals Colombe steht, vollkommen in der französischen Zone, wo die Operationen der Rifftribunen in beträchtlicher Zahl eingedrungen seien.

Die Lage in Bulgarien.

Zurückweisung entstellter Berichte. Berlin, 1. April. Von gut unterrichteter Seite wird über die Lage in Bulgarien das Folgende mitgeteilt: Die Nachrichten, die ungenügend als bekannt kamen und in der deutschen Presse veröffentlicht wurden, haben sich als unrichtig erwiesen. Die Nachrichten über die Ereignisse in Bulgarien sind nicht nur unrichtig, sondern auch unvollständig. Die Ereignisse in Bulgarien sind nicht nur unrichtig, sondern auch unvollständig. Die Ereignisse in Bulgarien sind nicht nur unrichtig, sondern auch unvollständig.

Beginn der Gofioter Kriegsgerichtsverhandlungen.

Vernehmung Jagowis und Friedemanns. Sofia, 1. Mai. Vor dem Kriegsgericht, das im Hofpalast der Kaiserliche Hofe, begann heute Vormittag 10 Uhr der Prozess gegen die wegen des Attentats in der Maßnahme in Sofia Angeklagten. Auf der Anklagebank saßen Jagowis und Friedemann. Die Verhandlung wurde die Zustimmung der Angeklagten unter dem Vorsitz der Anklagebank geführt. Die Verhandlung wurde die Zustimmung der Angeklagten unter dem Vorsitz der Anklagebank geführt.

Briand lehnt das deutsche Sicherheitsangebot ab.

Der Waffenring um Deutschland. — Frankreichs Politik im Osten. — Englisch-französische Entente-Bestrebungen.

Die neuesten Nachrichten aus Frankreich bestätigen, daß die maßgebenden politischen Kreise dort das deutsche Angebot eines Sicherheitspakets nicht mit dem Geiste der Verständigung betrachten, in dem es von den deutschen Regierungsmännern ausgesprochen, und von London aus wird der Welt durch den englischen Minister des Auswärtigen ausgedrückt, der europäischen Friede und der Weltfriede würde am besten und sichersten auf den englisch-französischen Entente und den bestehenden Verträgen, in erster Reihe also dem Versailler Vertrag, aufbauen.

und es habe sowohl in Prag als auch in Warschau darauf bestanden, daß der mündliche Vertrag zwischen dem Reich und England durch einen anderen Ratifizierungsausschuss in London erfüllt werde. Gleichzeitig habe Frankreich wohl auch darauf hingewiesen, daß es unüberwindlich sei, wenn Polen friedliche Beziehungen auch zu seinen östlichen Nachbarn, namentlich Rußland, unterhalte. Man würde in London einen großen Irrtum begehen, meint der Times-Korrespondent, wenn man vergessen würde, daß die Weigerung Amerikas und Großbritanniens, den Sicherheitsvertrag von 1919 zu unterzeichnen, die erste Ursache für diesen Teil von mündlichen Vereinbarungen sei, das Frankreich allmählich über Mittel-europa gepannt habe.

Da angesichts der morgen stattfindenden Zusammenkunft zwischen in Paris niemand weiß, was in der nächsten Zeit in Brüssel geschehen wird, so bemühen sich die englischen Staatsmänner erst noch, die Einwirkung in Frankreich im Sinne der englischen Interessen zu beschleunigen und das intime englisch-französische Verhältnis mit allen sich daraus ergebenden Vorteilen zu verbessern.

London, 1. Mai. Bei dem Essen der vereinigten britisch-französischen Verbände hielt der Minister des Auswärtigen Chamberlain eine Rede, in der er etwas ausführlicher, als in einem kürzeren Interview, das sich in dem 'Morning Post' als ich mein Thema übernahm, unsere Beziehungen zu Frankreich in weitem Maße von den kleinen Unstimmigkeiten erzählt hat, die sich bereits geltend gemacht haben. Frankreich und Großbritannien sind all ihren Beziehungen einander gegenüber ergraben einander und sich heute wieder der Unstimmigkeiten, auf die die westliche Demokratie begründet ist.

Das deutsche Volk hat aber jedenfalls durch das Angebot 'weiter einmal die Engungslage', zu erleben, daß auch unsere demütigste Intervention an den französischen Verhandlungsplänen gegen uns nichts ändern, und die anderen Weltmächte noch immer gegen Frankreichs Wunsch keinen Finger für uns rühren.

London, 1. Mai. Das französische 'Globe' schreibt am 2. Mai, daß die französische Regierung sich für eine internationale Konferenz über die Beziehungen von internationaler Bedeutung. Sie hätten sich mit einer Welt zu befassen, die noch immer unter dem Schatten des Weltkrieges leide, von denen Millionen und Millionen die Hauptursachen seien. Die Staatsmänner hätten die Aufgabe, allen diesen Schwierigkeiten auf den Grund zu gehen und ein definitives Arrangement, das den Frieden der Menschheit sich nicht immer noch der Welt angeht, sondern auf die Zukunft richtet.

Die deutschen Sicherheitsvorschlüge angehen würde. Der Wunsch Frankreichs, zu sehen, welche Haltung die Reichsregierung angesichts der neuen Entwaffnungsschimmungen einnehmen werde, begründe im weitestlichen die Ansicht Briands, daß in dieser Frage jede Überlegung vermieden werden müßte. Obwohl diese Antwort offiziell durch Frankreich zu geben ist, habe Briand auf dem Standpunkt, daß sie im engen Einvernehmen mit der französischen Regierung ausgearbeitet werden müßte. Der Times-Korrespondent wirft dann die Frage auf, in welchem Umfang von der Seite der französischen Regierung und der von der Seite der deutschen Regierung beantwortet werden. Briand antwortete, daß es sehr schwierig sei, darüber etwas zu sagen, und daß die ersten Gründe, die die genaue Linie der französischen Außenpolitik von Briand vorläufig noch nicht veröffentlicht werden sei. Trotzdem, so meint der Times-Korrespondent, könne man zu dieser Frage doch schon folgendes sagen. Die Franzosen glauben nicht (1) an Deutschlands Wunsch, einen dauerhaften Frieden auf Grundlage des Versailler Vertrages herbeizuführen. Die Franzosen seien der Ansicht, daß, wenn ein Sicherheitspaket mit Deutschland unterzeichnet würde, die Frage der Sicherheit in Mittel-europa denn doch nicht gelöst sei. In diesem Zusammenhang meint der Times-Korrespondent, die Annäherung zwischen Wien und der Tschechoslowakei bedeute einen wesentlichen Schritt vorwärts in der Frage der Sicherheit des mitteleuropäischen Friedens.

London, 1. Mai. Das 'Ladbrough' enthält in einer Rede in Manchester, der ursprüngliche Mann, Reparationen von Deutschland zu erhalten, 'etwas mehr'. Die beste Methode wäre nach seiner Ansicht, die von Frankreich von dem Jahre von 1870 angedachte gewesen, nämlich, ein für alle mal eine bestimmte von Deutschland zu leistende Entschädigung festzusetzen und dann über die anderen Dinge zu denen man berechtigt sei, zu verhandeln. In der Frage der Schuld der Alliierten an England würde ein mögliches und moralisches Gebot sein, aber aus politischen und moralischen Gründen würde es unzulässig sein, einen solchen Deal auf Frankreich auszugeben.

Frankreich habe diese Annäherung zwischen Wien und der Tschechoslowakei sehr gern gesehen.

Problemen befaßt zu haben. Das genannte Communiqué wird insbesondere als ein Dokument in diesen Bemerkungen angeführt und gleichzeitig als eine Unterstützung der amerikanischen Regierung gegenüber den europäischen Problemen.

Schwere Anschuldigung gegen Scheidemann.

Das Rätsel von Höfles Tod.

Am Montag tritt der Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages zusammen, der die Durchführung des Strafverfahrens gegen den unter dem Verdacht schwerer Amtverbrechen in Untersuchungshaft genommenen verstorbenen ehemaligen Reichspostminister Dr. Höfle vom Zentrum nachprüfen soll. Man wird diese Untersuchung nur begrüßen können. Wir sind überzeugt, daß sie herbeiführen wird, daß die Staatsanwaltschaft und die Untersuchungsbehörde einwandfrei sachlich ihre Pflicht getan haben, und wir hoffen, daß auch die unbedingt notwendige Aufklärung über die wahren Umstände des Todes von Dr. Höfle vor der breiten Öffentlichkeit geschaffen werden wird.

Die 'Deutsche Zeitung' schreibt heute in einer Mailänder Anrede mit dem 'Borromini', den Generalstaatsanwalt der Roman-Korruption, von dem offensichtlich durch Selbstmord verstorbenen Reichspostminister Höfle. Da der amtliche amtliche Bericht über die Todesursache noch nicht bekanntgegeben ist, so wollen wir nicht, als die Bestätigung der genannten Mitteilung gäbe. Aber ohne weiteres anzunehmen, daß Höfle sich durch Selbstmord getötet hat, noch andere Möglichkeiten, z. B. folgende: Höfle kann Selbstmord begangen haben durch Einwirkung einer überhöhten Dosis von Opium, er kann sich schuldig gemacht haben durch das Verleihen der Höfles, sich schuldig gemacht zu haben, aber er kann von fremder Hand ohne sein Wissen und Willen durch Zuführung überhöhter Opiumdosen von Opium und durch Verleihen der Höfles, sich schuldig gemacht zu haben, ohne daß er sich selbst schuldig gemacht hätte. Diese Anrede ist ein Beweis dafür, daß die amtliche amtliche Bericht nicht nur dem Landtagspräsidenten, sondern auch der Öffentlichkeit sofort zur Verfügung gestellt wird.

Die 'Deutsche Zeitung' nennt ferner im Zusammenhang mit der Untersuchung über den Postminister Höfles den Namen des demokratischen Reichstagsabgeordneten Wolpert und den des gegenwärtigen preussischen Reichspostministers Stiefelner vom Zentrum. Die Herren werden es ja wohl an einer Einigung nicht fehlen lassen.

Wichtigere erscheint uns im Augenblick die Behauptung der 'Deutschen Zeitung', daß Scheidemann im Sommer 1918 in Holland dem englischen Gesandten Lowmyer angeboten habe, in Deutschland die Revolution herbeizuführen. Auf diese Tätigkeit Scheidemanns hätten im Untersuchungsausschuß des Reichstages vom 18. April einige Fragen an Julius Baer abgefragt.

Diese Behauptung Scheidemanns, des damals einflussreichsten Führers der deutschen Sozialdemokratie, ist demnach sensationell, daß sie doch wohl kaum ohne greifbare Unterlagen gemacht worden sein kann. Sie verdient die sorgfältigste Nachprüfung sowohl durch das Parlament als durch die Staatsanwaltschaft, damit für den Fall, daß etwas Wahres daran ist, jeder an einem solchen Verleumdungsversuch die verdiente Strafe erhält und der Welt erfährt, wie es in den Zusammenhang mit in die gegenwärtige Not hineinbeizutreiben wird ist.

Amerikas ausschließliches Interesse für die 'Wegnahme'.

Die Ausgrenzung Kimmert sie nicht.

Das Staatsdepartement hat ein Communiqué veröffentlicht, in dem erklärt wird, daß Amerika das Londoner Abkommen über die Reparationen nicht unterzeichnet habe, und daß es darum an der Räumung nicht offiziell interessiert sei. Auf der Pariser Konferenz habe die amerikanische Regierung sich lediglich verpflichtet, deutsche Reparationszahlungen in Deutschland zu nehmen, habe aber keine Verantwortung für deren Wegnahme durch Deutschland übernommen. Dieses Communiqué hat in politischen Kreisen ein gewisses Aufsehen erregt. Man erinnert sich, daß nach der Pariser Konferenz, an der Amerika durch Staatssekretär Kellogg vertreten war, diese im Senat fast angenommen wurde, noch man ihm vorzuziehen, Amerika mit europäischen

Der Arbeitsplan des Reichstagsuntersuchungsausschusses für die Kreditaffären.

Der Reichstagsuntersuchungsausschuß des Reichstages hat heute in einer Sitzung mit seinem Arbeitsplan für die Kreditaffären, das wurde beschlossen, gemäß die Angelegenheit der Reichspostminister zu erörtern.